



Ein Hoch auf den Nebel

Er ist wieder da. Gestern morgen ist es mir aufgefallen: Der Nebel ist zurück in Regensburg. Endlich, möchte ich fast sagen. Freilich kündigt er davon, dass der Sommer bald passé ist – auch wenn sich unser warmer Freund heuer sehr lang zu halten scheint. Und dennoch: Ich mag den Nebel. Er erinnert mich immer ein wenig daran, wie ich vor vielen Jahren hier herkam.

Im Oktober war das, gewissermaßen zur Nebel-Hochzeit. Ich war ganz neu in der Stadt, kannte mich kaum aus, dazu kam ein ordentlicher Kulturschock, hatte ich doch bislang meine Zeit in einem 300-Seelen-Dorf gefristet. Und so strampelte ich frühmorgens durch den Brixen Park, konnte meinen Vorderreifen vor lauter Nebel kaum sehen und musste draufpassen, nicht mit meinem Drahtesel gegen das nächste Verkehrsschild zu donnern.

Schlussendlich ging das Ganze doch ganz gut aus. Ich bin immer noch in Regensburg, kenne die Stadt mittlerweile ganz gut, der Kulturschock ist verflogen und ich bin gegen kein Verkehrsschild gefahren – bislang zumindest noch nicht. Das soll nicht pathetisch klingen, aber im Endeffekt ist es mit dem Leben so wie mit dem Nebel. Manchmal fehlt einem der Durchblick, aber wenn sich das Ganze lichtet, strahlt die Sonne – so wie gestern Nachmittag.

Justizgebäude im Nebel: Der Regensburger Herbst naht. Foto: Philip Hell

ZAHL DES TAGES

60

JAHRE

gibt es die Pfarrei St. Albertus Magnus bereits. Am 15. Oktober feiern die Gläubigen Kirchweihjubiläum.

MEISTGELESEN



Ein Empfang zu sozialen Themen ohne die größte soziale Initiative? Das ist am Sonntag passiert – und hat die Chefin der Tafel auf die Palme gebracht. www.mittelbayerische.de/regensburg

Oberhirte auf Abwegen

Bischof Voderholzer wusste um Rechtsextremisten auf Berliner Demo – Warum lief er trotzdem mit?

Von Philip Hell

Regensburg/Berlin. Das Bistum Regensburg steht derzeit im Zentrum einer heftigen Kontroverse um Bischof Rudolf Voderholzer. Der Theologe wurde am vergangenen Wochenende in Berlin gemeinsam mit einem jungen Mann abgelichtet, der eine rassistische Geste machte. Beide nahmen an einem „Marsch für das Leben“ teil, bei dem unter anderem gegen das Recht auf Abtreibung protestiert wird. Darüber hinaus waren auch die Weihbischöfe Josef Graf (Regensburg), Florian Wörner (Augsburg) und Matthias Heinrich (Berlin) sowie der Berliner Erzbischof Heiner Koch Teil der Demonstration.

Der junge Mann lief nur wenige Meter neben Voderholzer. Er blickt ernst in die Kamera und macht mit seiner rechten Hand das „Ok-Zeichen.“ Dabei berührt der Daumen den Zeigefinger, die übrigen drei Finger werden abgespreizt. Einst war die Geste bei Tauchern das Zeichen dafür, dass alles in Ordnung ist. Seit einigen Jahren benutzen allerdings Rechtsextremisten die Geste, um damit „White Power“ zu symbolisieren – also die Ansicht, weiße Menschen seien anderen überlegen. Die drei abgespreizten Finger symbolisieren dabei das „W“ von White, Daumen und Zeigefinger das „P“ von Power. Auch der rechtsterroristische Attentäter von Christchurch (Neuseeland), der bei einem Angriff auf zwei Moscheen 51 Menschen tötete, verwendete diese Geste vor Gericht.

„Pflicht als Christ“

Es gibt immer wieder Kritik daran, dass der Bischof an den Märschen für das Leben teilnimmt. Bereits 2018 äußerte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Stefan Schmidt Bedenken: „Wer ganz bewusst mit Extremisten Seite an Seite marschiert, der schwächt unsere freiheitliche Demokratie und untergräbt vorsätzlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Dem Bistum und Voderholzer ist durchaus bewusst, wer bei den Märschen mitläuft – es wurden sogar Sicherheitsvorkehrungen getroffen. „Wir waren von der Pressestelle direkt am Bischof und haben ihn quasi beschützt – auch vor dem Hintergrund einer möglichen Involvierung durch Rechtsextreme, von denen wir uns deutlich – und insbesondere Bischof Voderholzer – distanzieren. Da auch derartige Personen bei einem Demonstrations-



Seit an Seit: Bischof Rudolf Voderholzer (links im Bild, mit Hut), rechts daneben (mit Sonnenbrille) der Pressesprecher des Bistums, Stefan Groß, und der mutmaßlich rechtsextreme junge Mann, der den „White Power“-Gruß in die Kamera zeigt. Foto: Kirsten Achtelik

marsch teilnehmen, ist so etwas leider nicht ausgeschlossen“, teilte Bistumssprecher Stefan Groß der MZ am Sonntag mit.

Angesichts dessen steht eine zentrale Frage im Raum: Warum hat der Bischof an dem Marsch teilgenommen, obwohl ihm bewusst war, dass dort Extremisten mitdemonstrieren? Er nehme sein „Recht als Staatsbürger in Anspruch, für eine Personengruppe das Wort zu erheben, die selber das Wort noch nicht ergreifen kann“, sagte Voderholzer am Sonntag vor dem Brandenburger Tor in eine Kamera des Bistums und meinte damit Ungeborene. Es sei nicht nur sein persönliches Recht, seine Position öffentlich zu machen. Es sei auch seine Pflicht als Christ.

Diese Ansicht stößt auf massive Kritik – auch in der Kirche selbst. Schon im Vorfeld des Marsches hatte sich der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) gegen die Demonstrationen positioniert. Es sei nicht hinnehmbar,

geschossen hat das Bild der Tageszeitung „Neues Deutschland“. Achtelik hat den „Marsch für das Leben“ begleitet – und fürchtet im Gespräch mit der MZ keine Konsequenzen durch das Foto: „Das ist presserechtlich total eindeutig. Das dürfte inzwischen auch der Pressestelle des Bistums aufgefallen sein – zumindest haben sie diese Drohung nicht mehr wiederholt.“

Das Bistum selbst hatte am Wochenende angekündigt, gegen das Foto vorgehen zu wollen. Auf Nachfrage sagte Bistumssprecher Stefan Groß am Sonntag: „Wenn dieses Bild benutzt wird, um eine mediale Kampagne gegen den Bischof zu führen, werden wir eine Presseerklärung abgeben und prüfen, inwieweit rechtliche Schritte möglich sind.“ Inzwischen scheint die Sache für das Bistum nicht mehr ganz so klar. Auf die Frage, wie genau das Bistum vorgehen will, ob bereits Anwälte oder die Polizei eingeschaltet wurden, antwortet Bistumssprecher Groß am Dienstag nur knapp mit „Nein.“

Geschossen hat das Bild der Tageszeitung „Neues Deutschland“. Achtelik hat den „Marsch für das Leben“ begleitet – und fürchtet im Gespräch mit der MZ keine Konsequenzen durch das Foto: „Das ist presserechtlich total eindeutig. Das dürfte inzwischen auch der Pressestelle des Bistums aufgefallen sein – zumindest haben sie diese Drohung nicht mehr wiederholt.“

Das Bistum hatte am Sonntag auf MZ-Anfrage gesagt, dass sich der junge Mann womöglich an den Bischof „herangeschlichen“ habe, „um dadurch den Ruf des Bischofs zu schädigen.“ Kirsten Achtelik hat die Situation anders erlebt: „Das entbehrt jeglicher Grundlage.“ Dieser Teil der Demo habe sich relativ locker bewegt. Dabei sei Achtelik der junge Mann, der zusammen mit einer Frau marschierte, ins Auge gefallen. Er sei auffällig gewesen und habe schließlich das rassistische Zeichen gemacht. Achtelik sei sich

KOMMENTAR

Einfach nicht marschieren

Von Philip Hell



Wer mit Hunden schläft, wacht mit Flöhen auf: Dass das Bistum eine Skandalisierung wittert, weil Medien über das Bild vom Bischof mit einem mutmaßlich Rechtsextremen berichten, zeigt, wie weltfremd Teile des Bistums sind. Das gilt insbesondere für den Bischof. Wenn er an der Demonstration teilnimmt, darf er sich nicht wundern, wenn darüber berichtet wird. Voderholzer war klar, mit wem er da demonstriert – seine Pressesprecher sollten ihn sogar vor Rechtsextremen schützen. Dabei ist der sicherste Weg, nicht mit Faschisten abgelichtet zu werden, nicht auf Demos mit ihnen zu gehen. Ist das so schwer? Es ist sicher nicht die Pflicht eines Christen, gegen Abtreibungen zu demonstrieren und dabei Seit an Seit mit Rechtsextremisten zu marschieren. Unser oberstes Gebot sollte die Nächstenliebe sein – damit tun sich Nazis für gewöhnlich schwer.

nicht sicher, ob der Mann überhaupt wusste, dass neben ihm Bischof Voderholzer lief.

Kirsten Achtelik begleitet die „Märsche für das Leben“ seit Jahren. Die Demonstrationen seien „problematisch.“ Dort werde ein christlich-fundamentalistisches und frauenfeindliches Weltbild propagiert.

Mann aus AfD-Umfeld?

Die Identität des jungen Mannes ist derzeit noch unklar. Auch Achtelik recherchiert in diesem Zusammenhang. Bislang gebe es lediglich „Vermutungen“, wonach er Berührungspunkte mit der AfD haben könnte. Hinweise, dass er aus der Oberpfalz stamme, haben sich bislang nicht erhärtet. Bistumssprecher Groß sagt, dass er wohl aus Berlin ist. Belege nennt Groß nicht, betont aber: „Er hat nichts mit dem Bistum zu tun.“ Auch im Bus, der aus Regensburg nach Berlin zum „Marsch für das Leben“ fuhr, sei der junge Mann nicht gesessen.

Gleisdreieck-Streit: Stadt verliert endgültig

Antrag auf Berufung gegen das Urteil zum dortigen Erdaushub wurde nun abgelehnt

Regensburg. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat im Regensburger Gleisdreiecks-Streit einen Antrag der Stadtverwaltung auf Berufung abgelehnt. Die Kommune hat die juristische Auseinandersetzung mit dem Bauträger Ferdinand Schmack damit endgültig verloren, da die nun gefallene Entscheidung nicht mehr angefochten werden kann.

Die Stadt hatte einst von Schmack gefordert, dass dieser einen 230 000 Kubikmeter umfassenden und bis zu elf Meter hohen Erdhügel im Gleisdreieck im Stadtosten wieder beseitigen soll. Und dabei auch mit einer Strafe von einer Million Euro gedroht, falls dies nicht gesehen sollte.

Schmack hatte 2014, als das Candis-Quartier gebaut wurde, den Erdaushub von insgesamt gut 400 000 Tonnen in das benachbarte Areal bringen lassen. Das ist in einem Dreieck von Bahnschienen umgeben,



Der im Gleisdreieck gelagerte Erdaushub sorgte seit Jahren für Streit zwischen der Regensburger Stadtverwaltung und dem Bauträger Ferdinand Schmack. Foto: Lex/Archiv

die Bebauung dort gilt als extrem schwierig. Mit dem Erdaushub aus dem Candis wollte der Bauträger nach eigenen Angaben nun aber gleich einen Lärmschutzwall errichten, der

dann später eine Bebauung möglich machen würde. Vom Bauordnungsamt gab es für Schmack zunächst eine sogenannte Duldungszusage. Schon 2014 gab es aber auch

eine Warnung des zuständigen Umweltamts: Es könnte sich bei dem aufgeschütteten Wall mit Erdaushub um eine wilde Deponie handeln. 2016 wurde die Duldung durch die Stadt zurückgenommen. Kurze Zeit später erließ die Stadt einen Bescheid: Schmack müsse die Erde entfernen. Der wehrte sich dagegen und reichte Klage ein.

Das Verfahren zog sich lange hin. Es gab mehrere Ortstermine. Das Regensburger Verwaltungsgericht hatte unter anderem auch versucht, einen Kompromiss vorzuschlagen, um nicht ein Urteil sprechen zu müssen. Letztlich ließen sich aber beide Parteien nicht wirklich auf einen Vergleich ein. Das Verwaltungsgericht musste also entscheiden und urteilte, dass es sich bei der Erde nicht um Abfall handle.

Danach entzündete sich sogar an der Frage, ob die Stadt eine Berufung gegen das Urteil beantragen sollte, ein partei-

politischer Streit. Darüber musste nämlich der Vergabeausschuss des Stadtrats abstimmen. Bei der nichtöffentlichen Sitzung soll es damals einen harten Schlagabtausch innerhalb der Regierungskoalition gegeben haben. Die CSU-Vertreter sollen dagegen, andere Parteien der Koalition aber dafür gestimmt haben. Letztlich gab es dann auf jeden Fall eine Mehrheit für den Beschluss, es mit dem Antrag auf Berufung zu versuchen.

Der wurde nun allerdings abgelehnt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof teilte am Mittwoch mit, dass er das erste Urteil bestätigt. Auch nach Ansicht des Bayerischen Verwaltungsgerichts stellt der Erdaushub keinen Abfall dar, wie er mitteilte. Im Übrigen sei der Bescheid der Stadt Regensburg „ermessensfehlerhaft und unverhältnismäßig“. Der Rechtsstreit ist damit endgültig abgeschlossen. js/ce